

Karl Josef Rivinius SVD

Soziale Frage

Lösungsversuche im 19. Jahrhundert

Die sogenannte „industrielle Revolution“ ist das entscheidende Ereignis der Neuzeit auf technologischem, ökonomischem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet. Um den revolutionären Charakter des Industrialisierungsprozesses, der im ausgehenden 18. Jahrhundert in Großbritannien eingesetzt und im folgenden Jahrhundert auf fast alle europäischen Länder, die nordamerikanischen Staaten und Japan übergegriffen hat, zutreffender zu verstehen, sei zunächst die von der industriellen Revolution heraufgeführte Situation kurz skizziert. Wir beschränken uns dabei vorwiegend auf Deutschland und referieren nur einige für unseren Zusammenhang wichtige Aspekte, ohne die einzelnen Phasen der Industrialisierung und die sie bedingenden Faktoren detailliert darzustellen.

Industrialisierungsprozeß und Bevölkerungsexplosion mit ihren Folgen

Bereits seit dem 16. Jahrhundert ließ sich in stets stärkerem Maß beobachten, daß wissenschaftliche Erkenntnis der praktisch-technologischen voranging. Zu der ursprünglich selbstlosen geistigen Beschäftigung zum Zweck reiner Erkenntnis trat der Anreiz, nach Ursachen, Gründen und Gesetzmäßigkeiten zu forschen, diese in ein System zu bringen und auf die äußere Erscheinungswelt anzuwenden, um irgendwelche Erfindungen zu machen bzw. solche weiterzuentwickeln. Eine geistige Neuorientierung und eine neue, bedeutsame Arbeitsmoral bewirkten, daß die traditionellen Produktions- und Betriebsformen verdrängt und ein neues Zeitalter initiiert wurden. Insbesondere ist hier die Bewegung der Aufklärung und des Liberalismus zu erwähnen, ohne die sich der moderne Kapitalismus im Unterschied zu den überkommenen Formen kapitalistischen Erwerbs nicht hätte durchsetzen können. Gerade der Liberalismus, der alle Bereiche des Lebens zu vereinnahmen trachtete, geriet in Opposition zu dem monopolistischen, merkantilistischen System des Absolutismus. Am Anfang der industriellen Revolution stand also der liberale, streng individualistische und kapitalistische Geist.

Die im Jahr 1769 von James Watt entwickelte Dampfmaschine hat den wirtschaftlichen Bereich radikal umgestaltet. Denn durch diese Erfindung war der Mensch gegenüber den Naturkräften Wasser und Luft unabhängig geworden, ganz zu schweigen von der gesteigerten Leistung, die sie zustande brachte. Die Dampfmaschine konnte

nun als Antriebsmaschine eingesetzt werden. Dies geschah vor allem in der Baumwollindustrie Englands, die überhaupt die erste Industrie gewesen ist, in der maschinelle Apparaturen die Handarbeit ersetzt haben. Die Maschine, die diesem Zeitalter ihr Gepräge ab, zog ein in alte und neue Werkstätten und bewirkte eine ungeheure Produktionssteigerung. Außerdem gestaltete sie das Verkehrswesen um und veränderte das gesamte Transportwesen. Man erreichte aufgrund der verkürzten Transportdauer einen schnellen Güterumsatz und kam dem Bedürfnis nach einer raschen Fortbewegung auf dem Land und dem Wasser entgegen. Den Pferdewagen zur Herausschaffung von Kohlen und Erzen aus den Gruben ersetzten Lokomotive und Eisenbahn.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im vergangenen Jahrhundert war der um 1750 einsetzende explosionsartige Bevölkerungszuwachs in allen europäischen Ländern. Bis 1913 stieg in Deutschland die Bevölkerung auf 65 Millionen bei einer durchschnittlichen Jahreszunahme von 8,9 Prozent um fast 60 Prozent beinahe ausschließlich durch Geburtenüberschuß, da die Auswanderungen mit Ausnahme von 1896 bis 1905 von der Einwanderung übertroffen wurden. Diese Bevölkerungszunahme, die keineswegs Folge der technologischen Innovationen war – denn sie zeigte sich ebenso ausgeprägt in den von der Industrialisierung wenig beeinflussten Gebieten –, vielmehr ihnen vorausging oder parallel verlief, hatte verschiedene Gründe zur Voraussetzung. Einen bemerkenswerten Einfluß übten aus: Trinkwasserreinigung, Impfung, Beseitigung des Kindbettfiebers, medizinischer Fortschritt, verbesserte Krankenbehandlung sowie eine gesündere und vielseitigere Ernährung. Außerdem begünstigten die Einführung der Gewerbefreiheit, die aber erst durch die Reichsverfassung von 1871 in ganz Deutschland einheitlich durchgesetzt wurde, und die Bauernbefreiung mit der ihr korrespondierenden Agrarreform die Zahl der Eheschließungen, die steigende Geburtenziffern zur Folge hatten.

Die Bevölkerungsexplosion bildete eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Proletariats mit dem Problem des Pauperismus (pauper = arm) und des Massenelends. Das Industrieproletariat, das erst nach 1848 ein Klassenbewußtsein entwickelte, rekrutierte sich aus den alten unterständischen Gruppen der Häusler und Tagelöhner, aus den Schichten der Bauern und Handwerker. Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Anteil der Industriearbeiter recht gering, weil es nur vereinzelt Industriezentren in Deutschland gab. Im Unterschied zu den bäuerlichen und handwerklichen Unterschichten befand sich die zahlenmäßig geringe Schicht der Fabrikarbeiter zu Beginn des Industriezeitalters in einer günstigen Position. Während die Lage der Bauern und Handwerker sich zusehends verschlechterte, verdienten sie ihr Existenzminimum und lebten in relativ gesicherten Verhältnissen.

In den vierziger Jahren wurde aber auch ihre Situation bedrückend schlecht. Denn dem Überangebot an Arbeitskräften stand ein Mangel an Kapital und Produktionsmitteln gegenüber. Den überlegenen Konkurrenzkampf Englands glaubte man allein durch Lohndruck überwinden zu können. Infolgedessen sanken die Löhne unter das Existenzminimum, obwohl sich die Arbeitszeit bis auf 17 Stunden ausdehnte. Frauen

und Kinder waren vielfach zur Mitarbeit in den Fabriken gezwungen und verschärften dadurch die Lage der Arbeitsuchenden auf dem Arbeitsmarkt. Sie drückten ebenso wie das Heer der Arbeitslosen das Lohnniveau und gefährdeten den Beschäftigten die Sicherheit der Arbeitsplätze. Die Arbeitsbedingungen waren erschreckend schlecht und hart. Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Vorschriften gegen gesundheitsschädliche Arbeitsplätze gab es nicht. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung bei Krankheit, Invalidität und Alter existierte nicht. Durch das sogenannte Truksystem vermochten die Unternehmer die Arbeiter zu zwingen, ihren Lohn sich in Form von Waren auszahlen zu lassen. Dabei bot man ihnen die notwendigen Grundnahrungsmittel zu überhöhten Preisen an, und nicht selten waren sie genötigt, solche Produkte als Entgelt anzunehmen, die minderwertig waren oder mit denen sie nichts anfangen konnten. Diese Artikel kauften die Unternehmer von ihren Arbeitern zu niedrigen Preisen zurück.

Das Problem der Kinderarbeit illustriert am deutlichsten das soziale und wirtschaftliche Elend breiter Bevölkerungsschichten. Es gab Fälle, daß Kinder bereits mit vier Jahren zur Existenzerhaltung der Familie ihren Anteil beisteuern mußten. Gewöhnlich begannen die Kinder jedoch im Alter von acht oder neun Jahren zu arbeiten. Im Rhein-Ruhr-Gebiet beschäftigte man in Tag- und Nachtschichten Tausende von Kindern bis zu 14 Stunden gegen einen Tagelohn von zwei Groschen. Ihr Gesundheitszustand war miserabel, die Kindersterblichkeit lag bei 50 Prozent. Für die Schulausbildung blieb keine Zeit. In Berlin besuchten ungefähr 50 Prozent der schulpflichtigen Kinder eine Schule, in Aachen nur 37 Prozent. Dazu heißt es in preußischen Regierungsberichten: „Diese unglücklichen Geschöpfe entbehren des Genusses frischer Luft, sind schlecht gekleidet, schlecht genährt und verbringen ihre Jugend in Kummer und Elend. Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, aufgeschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen am Hals, böse Hautausschläge und asthmatische Anfälle unterscheiden sie in gesundheitlicher Beziehung von anderen Kindern derselben Volksklasse, welche nicht in Fabriken arbeiten. Nicht weniger verwahrlost ist ihre sittliche und geistige Bildung.“¹

Der preußische Staat, besorgt wegen der Gefährdung seiner Armee, erließ 1839 Schutzmaßnahmen, wonach Kinder unter neun Jahren nicht mehr in Fabriken beschäftigt werden durften, für die älteren wurde ein Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit erlassen. Die Arbeitszeit für Kinder begrenzte man generell auf zehn Stunden. In der Folgezeit beschlossen die übrigen Länder Deutschlands ähnliche Bestimmungen. Da die Beobachtung dieser Gesetze von den staatlichen Fabrikinspektoren vielfach nachlässig gehandhabt wurde, konnten diese Maßnahmen umgangen werden.

Frühsozialismus, christliche Kirchen, Arbeiterbewegung

Die industrielle Revolution mit der Komplexität ihrer Vorbedingungen und Faktoren verursachte folglich als Negativerscheinung die „soziale Frage“, das bedrän-

gendste Problem im Kontext der Industrialisierung, zu dessen Bewältigung Staat und Gesellschaft aufgefordert waren. Dabei war die soziale Frage zu Beginn der industriellen Revolution nicht ausschließlich eine Konsequenz der Industrialisierung, wenngleich sie sich durch die industrielle Revolution verschärft hatte und allgemein den Zeitgenossen bewußt geworden war. Denn viele soziale Mißstände und soziale Not, hervorgerufen durch Naturkatastrophen und durch die Barrieren der ständischen Gesellschaftsordnung, hat es seit dem Mittelalter immer wieder gegeben. Sie sind nicht erst infolge der industriellen Revolution aufgetreten. Wohl haben sich soziale Not und Elend im beginnenden 19. Jahrhundert gesteigert und den Protest der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die Industrialisierung hat also die soziale Frage nicht geschaffen, sondern fand sie als Ergebnis des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels vor.

Alles Denken der sozialen Bewegung nahm seinen Ausgang von den Ideen der Aufklärungsphilosophie, die zum ersten Mal in der europäischen Geistesgeschichte das Bild einer befreiten Menschheit entworfen hatte. Dieses mehr theoretische, hoffnungsvolle Bild erhob die soziale Bewegung zum noch unerfüllten, aber dennoch erfüllbaren Programm. Jedoch kontrastierte das von der Aufklärungsphilosophie gezeichnete Menschen- und Gesellschaftsbild, wie wir gesehen haben, mit der großen Not breiter Massen, vor allem in den wachsenden Industriezentren.

Die gesellschaftspolitische Situation in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch das Fehlen eines politisch selbstbewußten Bürgertums, zur politischen Verantwortung fähiger Stände und Selbstverwaltungsorgane. Die politische Strukturlosigkeit, Unfähigkeit und Rückständigkeit der deutschen Gesellschaft der damaligen Zeit war im wesentlichen bedingt durch das vorausgegangene Zeitalter des Staatsabsolutismus mit seiner alles umfassenden und beherrschenden Staatsbürokratie.

Mit der Entwicklung zum industriellen Großbetrieb in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte die völlige Proletarisierung der entwurzelten Massen ein. Mit ihr trat die neue Klasse der abhängigen Lohnarbeiterschaft in Erscheinung, die aufgrund ihrer wachsenden ökonomischen Bedeutung langsam vom Rand der Gesellschaft in den Mittelpunkt des gesellschaftlich-politischen Strebens rückte. Da eine entsprechende Arbeiterschutzgesetzgebung fast völlig fehlte, war das Schicksal dieser Klasse gekennzeichnet durch Existenzunsicherheit, wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen System, politische Unmündigkeit (Drei-Klassen-Wahlrecht) und gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit als vierter Stand. Aus dieser gesellschaftspolitischen Situation entwickelte sich der Kampf um die Emanzipation des Proletariats.

Dabei gilt zu berücksichtigen, daß im Bereich der sozialen Spannungen die Arbeiterfrage nie isoliert im Vordergrund stand. Auch Bauernstand und Handwerk waren von der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsweise betroffen. Fast keine der gesellschaftlichen Lebensordnungen blieb von den Auswirkungen verschont. Die soziale Frage war ebenso auch eine Familien-, eine Frauen-, eine Jugendfrage.

Dieser universale Charakter der sozialen Frage als einer Ordnungsfrage der revolutionierten menschlichen Beziehungen in der Neuzeit ergab sich aus der weiteren Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Aus der anfänglichen Arbeiterfrage wurde bald eine umfassende Ordnungsfrage, verursacht durch die Auflösung der überkommenen Volksordnung, durch das Gegeneinander organisierter Gruppeninteressen und kollektiver Sozialmächte, durch die anonyme Herrschaft technisch-wirtschaftlicher Organisationsformen über den Menschen, durch die ständig erweiterte Allzuständigkeit des Versorgungsstaatsgedankens und die damit verbundene Verstaatlichung des Menschen und der gesellschaftlichen Gruppen.

In dieser von der industriellen Revolution geprägten Umwelt finden wir neben den ersten Systemtheoretikern der modernen Industriewirtschaft und den Wegweisern der modernen kapitalistischen Wirtschaftslehre auch unterschiedliche Versuche, der abhängigen und gesellschaftlich unterprivilegierten Lohnarbeiterschaft zum sozialen Fortschritt und zur sozialen Gerechtigkeit zu verhelfen. Es sind hier insbesondere die *Frühsozialisten* zu erwähnen, die gegen den liberalen Wirtschaftsgeist des Kapitalismus („Manchestertum“) und die sozialen Miß- und Notstände, die im Bereich der industriellen Wirtschaft für die besitzlose Bevölkerung und das Industrieproletariat herrschten, aufgetreten sind und sich zu ihren Anwälten gemacht haben. Der Frühsozialismus, in England und Frankreich entwickelt, wo sich die Industrialisierung früher und radikaler als in Deutschland durchgesetzt hat, verfolgte das Ziel, die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der unterdrückten und notleidenden Arbeiterbevölkerung grundlegend zu ändern. Ausgehend von der Überzeugung, daß die aus dem kapitalistischen System hervorgegangene Gesellschaftsverfassung ungerecht und verderblich sowie die Ursache des Pauperismus sei und daß die gesellschaftliche Struktur selbst reformiert werden müsse, wobei die Mittel zur Erreichung dieses Ziels recht unterschiedlich sind, entwarfen die Frühsozialisten von bestimmten Leitideen her eine neue Gesellschaftskonzeption, die sie auch zu realisieren suchten.

Die Frühsozialisten sind die ersten überhaupt gewesen, die sich mit der Situation der industriellen Revolution und ihren vielfältigen Folgen ernsthaft auseinandergesetzt und sie analysiert haben, zu einem Zeitpunkt, als sich die Öffentlichkeit und die Arbeiter über den alle Bereiche erfassenden Industrialisierungsprozeß kaum bewußt waren. Sie wollten bewußtseinsverändernd wirken, zu einem den bestehenden industriellen Bedingungen adäquaten Problembewußtsein verhelfen, um auf Möglichkeiten von Strategien zur Lösung der sozialen Frage hinzuweisen. Die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, wie sie die Französische Revolution propagiert hatte, sollten verwirklicht und allen durch die moderne Technik ein Höchstmaß von Glück gewährt werden.

„Bevor sich in Europa eine Arbeiterbewegung organisierte und den Marxismus als Leitideologie übernahm, gab es die ‚frühen Sozialisten‘: Sozialphilosophen und politische Ökonomen, radikaldemokratische Dichter und Publizisten, kommunistische Handwerksburschen und utopische Weltverbesserer aus allen Ständen, Wegbereiter

der Französischen Revolution oder Anhänger ihrer Ideen. Marx nannte sie die ‚utopischen Sozialisten‘ und setzte sich als Begründer des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ bewußt von ihnen ab; seine Epigonen degradierten sie zu ‚Vorläufern‘ und machten sich oft über sie lustig. Dabei stand Marx auf ihren Schultern: Die Konzeption des Klassenkampfes und der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft, die Idee der Entfremdung und die Erkenntnis, daß Reichtum aus Arbeit hervorgeht und die Besitzenden nur deshalb reich sind, weil sie die Arbeit unter ihrem Wert entlohnen – das alles ist in ihren Schriften schon enthalten. Wer die Geschichte der sozialistischen Ideen studieren will, muß mit den Entwürfen der frühen Sozialisten beginnen.“²

Außer den Frühsozialisten – für Deutschland sind hauptsächlich zu nennen Wilhelm Weitling (1808–1871) und Moses Heß (1812–1875) –, deren Beitrag zur Lösung der sozialen Frage und deren wirkungsgeschichtliche Relevanz im Hinblick auf den sozialpolitischen Bewußtseinsstand und den emanzipatorischen Prozeß der Arbeiterschaft seit einigen Jahren vorurteilsfreier gewürdigt wird, haben sich die beiden *christlichen Kirchen* mit der gesellschaftspolitischen Problematik auseinandergesetzt. Allerdings läßt sich dies für die Zeit vor der Marxschen Kritik nur von einzelnen Persönlichkeiten und Gruppen behaupten. Von einer sozialen Bewegung in der katholischen und evangelischen Kirche kann man in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum sprechen. Sie blieben allzu stark den überkommenen Denkstrukturen und der mittelalterlichen feudalen Ständeordnung verhaftet, waren also zur Bewältigung der Aufgaben der Neuzeit kaum geeignet.

Die *evangelische Kirche* hat im vergangenen Jahrhundert die soziale Verpflichtung als Programm und Aufgabe erst recht erkennen können, nachdem sie sich von der institutionellen Bindung an den Staat und den ihn tragenden und repräsentierenden Schichten gelöst hatte und sich ihrer organisatorischen Selbständigkeit gegenüber dem Staat bewußt geworden war. Mit der 1849 im Auftrag des Zentralausschusses der Inneren Mission von *Johann Heinrich Wichern* konzipierten Programmschrift „Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation“ datiert „das erste moderne Dokument der sozialen Verantwortung im deutschen Protestantismus“ (Shanahan).

Der Hamburger Pfarrer beurteilte allerdings die sozialen Probleme seiner Zeit allein unter dem seelsorgerischen Aspekt. Eine Beseitigung der sozialen Mißstände war nach ihm nur möglich durch eine Umkehr zum und eine Besinnung auf den Glauben. Wicherns Ziel vom sozialen Wirken war die „Verwirklichung der christlichen und sozialen Wiedergeburt des heillosen Volkes“. Er hatte kaum Verständnis für den Kampf des vierten Standes um seine soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft. Sein Bemühen war auf den einzelnen Menschen gerichtet, dem man in seinem Elend helfen und den man in die bestehenden Ordnungen von Familie, Staat und Kirche zurückführen wollte. Sozialreformerische Impulse findet man bei Wichern nicht. Dennoch hat er das Verdienst, die über Deutschland verstreuten Anfänge einer evangelischen Liebes- und Sozialtätigkeit in einen großen organisatorischen Zusammenhang gebracht

zu haben und ihnen durch die Idee der „Inneren Mission“ ein neues geistiges Fundament gegeben zu haben.

In der *katholischen Kirche* gab es ebenfalls bis zur Mitte des Jahrhunderts wenig grundlegende sozialreformerische Theorien und Aktivitäten. Aber im Unterschied zum Protestantismus vor 1848 hatte sich der deutsche Katholizismus seit längerem bemüht, die sozialen Mißstände der Zeit in ihrer Wurzel zu erfassen, entsprechende Strategien zu ihrer Überwindung zu entwickeln und die Öffentlichkeit auf das soziale Elend breiter Bevölkerungsschichten hinzuweisen. Maßgeblicher Anteil kam vor allem vier katholischen Publikationsorganen zu, die die unsozialen Auswirkungen der beginnenden Industrialisierungsepoche scharf kritisiert hatten: die 1818 im Kreis um Joseph Görres gegründete Münchener Zeitschrift „Eos“; der 1821 ins Leben gerufene Mainzer „Katholik“; die von Görres anlässlich der Kölner Wirren (1837) gegründeten „Historisch-Politischen Blätter“ und schließlich das im Revolutionsjahr 1848 geschaffene „Mainzer Journal“. Daneben haben vor dem „Kommunistischen Manifest“ (1848) innerhalb des Katholizismus Männer wie Franz von Baader (1765–1841), Adam Müller (1779–1829), Franz Joseph Ritter von Buß (1803–1878) und Peter Reichensperger (1810–1892) sich zugunsten des rechtlosen vierten Standes literarisch eingesetzt. In diesem Gedankenkreis stand auch Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811 bis 1877), dessen Reformvorstellungen und Grundforderungen noch näher dargelegt werden sollen. Zuvor seien die Anfänge der Arbeiterbewegung in Deutschland referiert.

In Deutschland fehlte im Vergleich z. B. zu England bis 1848 eine politische *Arbeiterbewegung*. Der Grund dafür lag vornehmlich in der Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen durch die deutschen Bundesstaaten vor 1848. Während in England seit 1824/25 kein Koalitionsverbot mehr bestand, wurde es in Deutschland erst im Zug der Revolution von 1848 aufgehoben. Zudem herrschte eine strenge Zensurgesetzgebung. In den seit den dreißiger Jahren sich konstituierenden Arbeiterbildungsvereinen entfaltete sich allmählich eine politische Aktivität. Aus ihnen formierte sich die deutsche Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung, die in England bereits früh anzutreffen war, entwickelte sich langsam in den sechziger Jahren. Die Arbeiterbewegung konnte aber erst typischen Charakter annehmen, nachdem die Arbeiterklasse ein Bewußtsein ihrer selbst erlangt und sich zur Solidarität zusammengeschlossen hatte.

Ferdinand Lassalle gründete 1863 den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“. Im selben Jahr schuf August Bebel mit Wilhelm Liebknecht den „Verband der deutschen Arbeitervereine“. 1868 nahm diese Organisation ein sozialistisches Aktionsprogramm an und etablierte sich ein Jahr später nach dem Zusammenschluß mit einigen Lassallianern als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Auf dem Kongreß von Gotha 1875 traten die restlichen Anhänger Lassalles zur Partei Liebknechts und Bebels über. Damit war die erste bedeutende sozialistische Partei in Europa entstanden, die allerdings erst nach 1877 immer mehr Anhänger für sich gewinnen konnte. Daneben bestanden die Arbeiterbildungsvereine und die Konsumgenossenschaften weiter. Außer-

dem mußte man mit der katholischen Arbeiterbewegung rechnen, die nicht weniger wirkungsvoll als die Sozialisten war. 1868 fand die erste konstituierende Versammlung der christlichen Arbeitervereine in Krefeld statt, 1869 erfolgte die Gründung des Paulus-Vereins.

Kettlers sozial- und gesellschaftspolitische Aktivitäten

Abschließend sei die gesellschaftspolitische Vorstellung und sozialpolitische Aktivität Bischof Wilhelm Emmanuel von Kettlers im Kontext der Industrialisierung näher vorgestellt. Der Mainzer Oberhirte hat früh versucht, aus seinem christlichen Glaubensverständnis und seiner Gesellschaftsauffassung eine Antwort auf die bedrängende soziale Frage zu finden.

Bereits als Kaplan in Beckum und als Pastor in Hopsten hatte er das Elend und die bedrückende Armut der Stadt- und Landbevölkerung kennengelernt. Für den erst vier Jahre zuvor in Münster geweihten Ketteler sollte dann das Jahr 1848 entscheidend werden. Während seines Aufenthalts als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung trat er dreimal an die Öffentlichkeit, die dadurch auf den westfälischen Adligen aufmerksam wurde: am Grab der ermordeten Abgeordneten von Auerswald und von Lichnowsky, auf dem ersten deutschen „Katholikentag“ in Mainz und mit den Adventspredigten im Mainzer Dom. Mit dieser Aktivität trat er aus dem engen ländlichen Kreis seiner seelsorglichen Tätigkeit heraus und gewann einen größeren Einfluß bei der Lösung anstehender kirchen- und sozialpolitischer Aufgaben. Sein erklärtes Ziel während der demokratischen Freiheitsbewegung war das Bemühen, die demokratischen Freiheiten und somit auch die Freiheit der Kirche verfassungsmäßig zu sichern³.

Als Ketteler sein Mandat in der Paulskirche antrat, war er sich der Grenzen bewußt, die der geistliche Beruf ihm gesetzt hatte. Er fühlte sich zuerst als „Seelenhirte“ und damit für das überzeitliche Heil der ihm Anvertrauten verantwortlich. Er vergaß jedoch keineswegs die Linderung ihrer sozialen Not. Vielmehr erblickte er darin die Rechtfertigung seines politischen Engagements. Denn die ungehinderte Ausübung der kirchlichen Aufgaben war nur dann gewährleistet, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen waren. Deshalb forderte er Religionsfreiheit als Postulat der allgemeinen politischen Freiheit. Er setzte sich für die Trennung von Kirche und Staat ein, wozu ihn der gegen ein Zentralisationssystem gerichtete Antiabsolutismus brachte.

Bemerkenswert ist überhaupt Kettlers Bereitschaft, die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Das wird u. a. sichtbar in seinem Bekenntnis zum Prinzip der Volkssouveränität, um so jede absolutistische Herrschaft zu beseitigen und unmöglich zu machen. Aber er wandte sich entschieden gegen eine Gleichmacherei. Damit die Volkssouveränität selbst nicht wieder in einen neuen Absolutismus ausarte, müsse das sittliche Recht anerkannt werden. Die Freiheit eines politischen Gemeinwesens sei kor-

relativ zur Frage, wieviel an unmittelbarer Selbstbestimmung dem Volk überlassen bleibe. Somit antizipierte Ketteler die Vorstellung über den staatlichen Organismus das spätere Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre. „Der Staat ist mir keine Maschine, sondern ein lebendiger Organismus mit lebendigen Gliedern, in dem jedes Glied sein eigenes Recht, seine eigene Funktion hat, sein eigenes freies Leben gestaltet. Solche Glieder sind mir das Individuum, die Familie, die Gemeinde usw. Jedes niedrigere Glied bewegt sich frei in seiner Sphäre und genießt das Recht der freiesten Selbstbestimmung und Selbstregierung. Erst wo das niedrigere Glied dieses Organismus nicht mehr imstande ist, seine Zwecke selbst zu erreichen oder die seiner Entwicklung drohende Gefahr selbst abzuwenden, tritt das höhere Glied für es in Wirksamkeit, dem es dann von seiner Freiheit und Selbstbestimmung das abgeben muß, was dieses, das höhere Glied, zur Erreichung seines Zweckes bedarf. Was daher die Familie, die Gemeinde zur Erreichung ihres natürlichen Zweckes sich selbst gewähren kann, muß ihr zur freien Selbstregierung überlassen bleiben.“⁴

Die subsidiäre Sicht des Staats prägte auch Ketteler's Kirchenbild, wobei in seinem Verständnis die Kirche als göttliche Institution die Ebene des Staats überragt.

Volle Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen hielt Ketteler nur auf dem Boden der christlichen Religion mit ihren sittlichen Werten für möglich. Wahre Humanität lasse sich folglich nur in und mit Christus verwirklichen. Infolgedessen deutete er die politischen und sozialen Mißstände der Zeit als Folgen des Abfalls von Gott und der Mißachtung der wahren unfehlbaren Autorität. Keine Staatsform sei in der Lage, die Wohlfahrt der Menschheit zu begründen. Dies leiste einzig die Kirche. Bei der Beschreibung der organischen Gegebenheiten innerhalb der Gesellschaft und des Staats berief er sich auf die Staats- und Gesellschaftslehre des Thomas von Aquin.

Als Bischof von Mainz (die Konsekration war am 25. Juli 1850) eröffnete sich ihm ein breiteres Wirkungsfeld, um in Wort und Tat sozialpolitisch und karitativ tätig zu werden. Allerdings gab es anfangs in seiner Diözese aufgrund der ökologischen Struktur nicht die extremen Probleme der Industrialisierung, die ihm jedoch durch das sozialpolitische und ökonomische Schrifttum, das er eifrig studierte, bekannt waren.

Ketteler, den Theodor Brauer als „Sozialreformer aus Seelsorge“ charakterisiert hat, wollte als Bischof bischöflich, d. h. als Seelsorger, der sozialen Frage begegnen. Er dachte ganzheitlich vom Menschen, der in vorgegebenen Zwängen sein Dasein zu realisieren habe und nur dann für religiöse und kirchliche Fragen ansprechbar sei, wenn die „Ernährungsfrage“ sichergestellt ist. Andernfalls neige der Mensch zur Radikalisierung, sei anfällig für unchristliche und amoralische Bestrebungen. Deshalb müsse das christliche Sittengesetz auf jedem Gebiet des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens anerkannt werden. Allein Jesus Christus, ohne den es kein tragendes Fundament gibt, nicht die vielgepriesene Humanität, auf die die sogenannten „Volksfreunde“ sich berufen, bringe die Lösung der sozialen Frage. Christ oder Antichrist, das sei der Gegensatz für die Entscheidung in der Zukunft, auch hinsichtlich der bedrängenden sozialen Problematik.

In der ersten Phase seiner sozialpolitischen Aktivität sah Ketteler den Anfang der sozialen Erneuerung allein durch die Kirche ermöglicht. Im Christentum als religiösem Lebensprinzip erblickte er die Kraft, die das schwache und kranke religiöse Leben der Menschen zu stärken vermag und dann zur Gesundung der sozialen Mißstände beitragen kann. Je mehr im kirchlichen Bereich selbst Gemeinschaft realisiert wird, desto besser könne die Kirche die Menschheit, die sich von Gott losgesagt hat, wiedergewinnen und damit zugleich die Gemeinschaft der Menschen untereinander wiederherstellen, auch und gerade im staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich. Deshalb machte der Frankfurter Abgeordnete 1848 in seinen Mainzer Adventspredigten über „Die großen sozialen Fragen der Gegenwart“ den Egoismus im gesellschaftlichen Bereich, der sich im ungeordneten und falschen Gebrauch des Eigentums äußere, für die sozialen Übelstände verantwortlich. Zu diesem Zeitpunkt erhoffte er sich die Beseitigung dieser Mißstände von einer sittlichen Erneuerung im Christentum. Folglich hatte nach ihm jede Reform mit der Reform der Herzen und nicht der Zustände zu beginnen, weil der Abfall vom Christentum der Grund der Übel sei.

Wenn auch Bischof Ketteler erst nach der Mitte der sechziger Jahre klarer einsah, daß die Selbsthilfe der Arbeiter in Produktivassoziationen, ein Modell, wie es von Schulze-Delitzsch (1808–1883) und Lassalle (1825–1864) entwickelt worden war, allein das Arbeiterproblem nicht zu lösen vermag und daß umfangreiche staatliche Hilfe notwendig sein würde, so hatte er doch mit seinen politischen Vorstellungen über die „organische Selbstverwaltung“⁵ bereits die Möglichkeit praktikabler Reformen angedeutet. Noch in seiner Schrift „Freiheit, Autorität und Kirche“ von 1862, in der er nicht speziell zur Frage des Industrieproletariats Stellung bezog, deutete er die sozialen Mißstände als die notwendige Folge der Herrschaft des Egoismus und des „romantischen Prinzips“ einer mechanischen Zentraladministration, die den Menschen im gesellschaftlichen Bereich aus seinen sozialen Verflechtungen löse und ihn gegenüber einer zentralistischen Staatsgewalt atomisiere.

Ketteler war überzeugt, daß die organisch-korporative Idee, die den ideologischen Mittelpunkt der romantischen Staats- und Gesellschaftstheorie bildete, die atomisierende Tendenz des Liberalismus, das liberalistische Grundübel der Trennung des Staats von der Gesellschaft sowie die individualistische Staats- und Naturrechtslehre dadurch überwinden könnte, daß ihnen das Bild des Staats als eines organischen Gefüges von Gemeinschaften, eines lebendigen, ständisch gegliederten Organismus gegenübergestellt würde, in dem der einzelne mit seiner geistigen und materiellen Existenz wurzelt. Allerdings übersah er nicht, daß der Egoismus der Stände die Entwicklung und Fortbildung des ständischen Wesens aufgehalten hatte, so daß die ständische Verfassung in der Gegenwart anders strukturiert sein müsse als im Mittelalter.

Auf dem Hintergrund dieser Gesellschaftskonzeption entwickelte er seine Lehre von der Religionsfreiheit im allgemeinen, der Freiheit der Kirche und auch der Freiheit in der Kirche sowie sein sozialpolitisches Programm, das um 1864 eine Modifizierung erfuhr. In „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ von 1864 richtete er den Kampf,

den er gegen den Liberalismus im religiösen, politischen und sozialen Bereich geführt hatte, vor allem gegen den Wirtschaftsliberalismus und die von ihm geprägten kapitalistischen Zustände. Er betrachtete die Vereine, die Arbeitergenossenschaften, die Handwerker- und Gesellenvereine als Anfänge beruflicher Vereinigungen, die unter dem Einfluß des Christentums und der Kirche als ihrem inneren Lebensprinzip zu wirklichen Korporationen, zu lebendigen Körperschaften entfaltet werden sollten, um dadurch eine neue Gesellschaft zu schaffen.

Aber nach 1864 verschwand in Ketteler's Überlegungen mit der Hinwendung zur staatlichen Arbeitergesetzgebung der Gedanke einer korporativen Umstrukturierung der Gesellschaft. An seine Stelle trat die Idee einer gewerkschaftlichen Zwangsorganisation für die Arbeiterschaft. Von diesem Zeitpunkt ab wurde sein Urteil über das kapitalistische Wirtschaftssystem differenzierter, im Unterschied zur Auffassung von Edmund Jörg, der von 1852 bis 1901 die „Historisch-Politischen Blätter“ herausgab und dessen sozialpolitische Vorstellung zu sehr den christlich-konservativen Grundforderungen verhaftet blieb. Bei aller Kritik stellte er sich jedoch mit seinen gesellschafts- und sozialpolitischen Forderungen auf den Boden der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

In seinem Gutachten „Über die Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter“ für die Fuldaer Bischofskonferenz vom September 1869 wies Ketteler zu Beginn seines Referats auf die soziale Frage hin als „das schwierigste und wichtigste Problem der Gegenwart“. Wie schon der Titel andeutet, betont er auch hier zunächst die notwendige Wirksamkeit der Kirche bei der Behebung der sozialen Not, weil sie allein die Fähigkeit besäße, die der sozialen Frage zugrunde liegenden sittlichen Schäden zu beheben und mit einem gewaltigen Liebeswerk die Arbeiter aus ihrer mißlichen Lage zu befreien. Daneben vertritt er jedoch die Auffassung, daß durch keine Macht der Welt die moderne wirtschaftliche Entwicklung aufgehalten werden könne und das Wirtschaftssystem als solches nicht umzustößen sei. Es komme deshalb darauf an, kritikwürdige Folgen des Systems durch geeignete Mittel zu beseitigen und die Arbeiter an dessen Segnungen partizipieren zu lassen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, schlägt der Mainzer Bischof eine Reihe sozialpolitischer und gesetzgeberischer Maßnahmen von seiten des Staats zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor.

Nach dem Ketteler-Biographen Fritz Vigener war es der persönliche Erfolg des Mainzer Oberhirten, daß er auf der Fuldaer Bischofskonferenz von 1869 die Verantwortung der Kirche für die Lösung der Arbeiterfrage dem deutschen Episkopat als dringendes Anliegen nahebringen konnte, wenngleich er die Überwindung der sozialen Not nicht als ausschließlich kirchliche Angelegenheit ansah. Allerdings haben seine sozialpolitischen und taktischen Anregungen auf dieser Versammlung nicht so stark gewirkt, wie er es sich gewünscht hatte. Die Bischöfe verzichteten auf sozialpolitische Einzelvorschläge für das bevorstehende Erste Vatikanische Konzil und beruhigten sich mit der Absicht, auf ihm die Verpflichtung der Kirche zur Armenfürsorge erneut bewußt zu machen.

Wir können zusammenfassend festhalten, daß Ketteler, wenn er auch nicht der erste Katholik gewesen ist, der sich im Zeitalter der industriellen Revolution der sozialen Frage gewidmet hat, doch derjenige war, der innerhalb des Katholizismus das soziale Gewissen und die sozialpolitische Aktivität in den folgenden Jahrzehnten entscheidend prägte. Es bleibt vornehmlich sein Verdienst, daß er sich von seiner gesellschaftspolitischen Vorstellung her um eine Lösung der sozialen Frage bemüht und die soziale Verantwortung der Kirche für eine konstruktive Sozialpolitik zu einem Zeitpunkt propagiert hat, als sich der Großteil des hohen und niederen Klerus in Deutschland kaum um die Nöte und Sorgen der Arbeiterschaft kümmerte. Dabei läßt sich bei Ketteler eine Entwicklung hinsichtlich der sozialen Einstellung von karitativer Fürsorge zu Sozialreform und Sozialpolitik feststellen.

ANMERKUNGEN

¹ Zit. von G. Brakelmann, *Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts* (Witten 1971) 27 f.

² *Die frühen Sozialisten*, hrsg. v. F. Kool und W. Krause, Bd. 1 (München 1972) 1.

³ Briefe von und an Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Bischof von Mainz, hrsg. v. J. M. Raich (Mainz 1879) 157, 160–167.

⁴ W. E. v. Ketteler, Briefe, 164 f.

⁵ W. E. v. Ketteler, *Freiheit, Autorität und Kirche* (Mainz 1862) 36–38; 162.